Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2246

08. 12. 82

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1983
hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft
– Drucksachen 9/1920 Anlage, 9/2050 Anlage, 9/2149, 9/2281 –

Durch die Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 4. November 1981 ist die seit den 70er Jahren geltende Politik des Vorrangs heimischer Kohle für die Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland erneut bekräftigt worden. Im Mittelpunkt steht dabei die energiepolitische Zielsetzung, die heimischen Kohlelagerstätten weiterhin optimal nutzen und der deutsche Steinkohlenbergbau auch für den Rest dieses Jahrhunderts seinen Versorgungsbeitrag hält. Das erfordert den Aufschluß neuer Kohlefelder. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies eine langfristige Sicherung der bisherigen Förderung von 90 Mio. t jährlich. Dieses Ziel entspricht der Aussage der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms, in der die Bundesregierung sich dafür ausgesprochen hatte, „daß der deutsche Steinkohlenbergbau auch für den Rest dieses Jahrhunderts seinen Versorgungsbeitrag hält". Diese Kohle-Vorrang-Politik wurde bisher von allen Parteien im Deutschen Bundestag getragen.

Die bisherigen Haushaltsbeschlüsse 1983 der neuen Bundesregierung und Erklärungen des Wirtschaftsministers zeigen, daß die konjunkturbedingte Absatzschwäche zum Anlaß genommen wird, von der Kohle-Vorrang-Politik abzugehen und so die bisherigen energiepolitischen Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien im Deutschen Bundestag zu zerstören.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auch mit Blick auf die Sicherung der Arbeitsplätze in den Kohlerevieren auf, sich klar und deutlich zur Kohle-Vorrang-Politik zu bekennen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Programm „Bau von Kohleheizkraftwerken und zum Ausbau der Fernwärmeversorgung" zu verstärken und dafür den Haushaltsansatz um 200 Mio. aufzustocken.

Der Bergbau braucht eine deutlich erhöhte Investitionshilfe, damit die Anstrengungen zur langfristigen Erhaltung der Kapazitäten ungeschmälert fortgesetzt werden können.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung ferner auf, die vorübergehende konjunkturbedingt schwierige Absatzsituation der deutschen Kohle insbesondere durch folgende Maßnahmen zu erleichtern:

- Lockerung bei den Exportbeschränkungen bei der Kokskohle;
- Verhandlungen mit den Kohleimporteuren über eine vorübergehende Zurücknahme der Importe;
- Verlängerung der nationalen Kohlereserve über 1984 hinaus um vier bis fünf Jahre;
- Verlängerung des Substitutionsnachweises für den Einsatz von Importkohle gegenüber Öl und Gas auf dem Wärmemarkt über 1983 hinaus;
- Neuregelung des Kraftwerkskohlepreises mit dem Ziel voller Kostendeckung.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Kohlepolitik klarzustellen und alles zu vermeiden, was auch mit Blick auf die Arbeitsplätze zu einer Verunsicherung der im Bergbau Beschäftigten führen kann. Der Deutsche Bundestag bekennt sich ausdrücklich zur Kohle-Vorrang-Politik und zur Existenzsicherung der Arbeitnehmer in den Kohlerevieren. Die energiepolitischen Fehler der 50er und 60er Jahre dürfen sich nicht wiederholen. Bei den auch in den 80er Jahren zu erwartenden Preisanhebungen und Engpässen beim Öl wäre durch eine Verringerung der Förderkapazitäten die Sicherheit der Energieversorgung in starkem Maße gefährdet.

Bonn, den 13. Dezember 1982

Wehner und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333